

AfD Chef Bernd Lucke will EEG – Vorrangspeisung beenden und bezeichnet starken Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima als strittig

Update 15:35 Uhr:

Nun springen auch andere auf den Zug! DENA Chef Kohler fordert Abschaffung des EEG und Ende der Vorrangspeisung ([Hier](#))

AfD – Prof. Dr. Lucke – markiert im Exklusiv-Interview mit NAEB weitere Alternativ-Position (nach Euro) zu etablierten Parteien.

Der Beiratsvorsitzende der Strom-Verbraucher-Schutz-Organisation Prof. Dr. Hans-Günter Appel, Autor der NAEB-Pressemitteilungen hat exklusiv den AfD-Vorsitzenden für eine Positionierung der AfD zur Energiewende befragt. Die AfD, bisher konzentriert auf das Währungsthema, distanziert sich deutlich von dem Energiewende-Anspruch der etablierten Parteien, die die Zukunft der Stromversorgung in Sonne-, Wind- und Biogas-Strom sehen. Im folgenden die durch Herrn Prof. Dr. Lucke autorisierte Interview-Widergabe.

Interview im Wortlaut

NAEB: Herr Prof. Lucke, die Medien berichten, Ihre Partei ist auf die Misere im Euroland fixiert. Neben der Frage: Wie viel kostet uns die angeblich alternativlose Rettung des Euros? sind die rasant steigenden Energiekosten in Deutschland für immer mehr Mitbürger und Wähler ein Thema. Hat die AfD dafür keine Lösungen?

Lucke: *Wir beobachten die kopflose und unsoziale Energiepolitik sehr genau. Die planwirtschaftlichen Ausbaupläne für Windstrom, Solarstrom und Biostrom belasten die Bürger etwa in der gleichen Höhe wie die Euro-Politik, nämlich mit 1.000 Milliarden Euro. Die Zahl stammt von Bundesumweltminister Peter Altmaier. Für jeden Bürger sind dies über 12.000,- Euro. Diese Entwicklung muss schnellstens gestoppt werden.*

NAEB: Wie wollen Sie das machen?

Lucke: *Indem wir keine Einspeisevergütungen für Neuanlagen mehr bewilligen. Außerdem müssen die Einspeisevergütungen für Altanlagen im Rahmen des rechtlich Möglichen reduziert werden und Vorgaben für eine möglichst bedarfsgerechte Einspeisung gemacht werden. Die AfD hat eine Expertenkommission gebildet, die ideologiefrei und weisungsfrei optimale technische und wirtschaftliche Lösungen erarbeitet. Wir müssen wieder zu wettbewerbsfähigen Strompreisen kommen mit Anlagen möglichst geringer Umweltbeeinträchtigung und Gefährdung. Einer Ethikkommission ohne Fachkenntnisse, auf die sich die Bundeskanzlerin abstützt, kann dies nicht gelingen.*

NAEB: Sie wollen also die regenerativen Energien abwürgen?

Lucke: *Keinesfalls. Im Gegenteil. Wir möchten die regenerativen Energien wettbewerbsfähig machen. Das geht aber nur durch eine Reduzierung der Subventionen. Es gibt durchaus auch wirtschaftliche Einsatzgebiete für regenerative Energien. Es ist aber technisch unmöglich und wirtschaftlich unsinnig, eine Industrienation vollständig mit regenerativem Strom zu versorgen. Denn: Nachts scheint keine Sonne und meistens passt der Wind nicht. Und Speicher für Wechselstrom gibt es bisher nicht.*

NAEB: In Deutschland gibt es mehr als 200 Bürgerinitiativen gegen Windparks in der Nachbarschaft, in Naturschutzgebieten und über den Wäldern. Unterstützen Sie diese Initiativen?

Lucke: *Diese Initiativen kämpfen dafür, dass Windgeneratoren nicht in Naturschutzgebieten und Wäldern angelegt werden und dass der Abstand der Windgeneratoren zur Wohnbebauung auf mindestens das Zehnfache der maximalen Flügelhöhe festzulegen ist. Das sind vernünftige, unterstützenswerte Ziele.*

NAEB: Sie wollen also den Bau von Windstrom-, Solarstrom- und Biostrom-Anlagen zurück fahren. Dann gehen Arbeitsplätze verloren. Können wir uns das leisten?

Lucke: *Man muss das Gesamtbild sehen. Durch die Verteuerung der Strompreise drohen erhebliche Arbeitsplatzverluste im produzierenden Gewerbe. Viele Firmen arbeiten aufgrund der hohen Strompreise nicht mehr wirtschaftlich. Sie verlagern ihre Produktionsstätten in das kostengünstige Ausland. Die energieintensive Grundstoffindustrie beschäftigt etwa 2 Millionen Menschen. Zur Zeit sind zwar viele energieintensive Betriebe von der preistreibenden EEG-Umlage ausgenommen, aber die unstete Haltung der Bundesregierung und die jüngsten Forderungen der SPD lassen die Unternehmen fürchten, dass sie bald vor einer Kostenexplosion stehen.*

NAEB: Müssen wir die Energiepolitik weiter treiben, um das Weltklima zu retten?

Lucke: *Sie sprechen den Einfluss des Kohlenstoffdioxids aus fossilen Brennstoffen auf das Weltklima an. Wie groß dieser Effekt ist, ist wissenschaftlich umstritten. Möglicherweise ist er kleiner als bislang*

gedacht. Aber man muss natürlich vorsichtig sein und verantwortlich handeln.

NAEB: Zurück zu den Strompreisen. Welche Gefahren sehen Sie durch die ständig weiter steigenden Strompreise für Deutschland?

Lucke: Die deutsche Energiepolitik ist dadurch zunehmend unsozial. Denn die Strompreise zahlt ja mehr oder weniger jeder Haushalt gleichermaßen, unabhängig vom Einkommen. Die sogenannte EEG-Umlage, die für den Preisanstieg verantwortlich ist, ist wie eine Steuer, die alle Haushalte in etwa gleicher Höhe zu entrichten haben. Das gefährdet die soziale Balance. Schon jetzt macht die EEG-Umlage rund 20 Milliarden Euro an Kaufkraftverlust aus und Geringverdiener sind davon überproportional betroffen. Das wird noch schlimmer, wenn die Strompreise wie vorgesehen weiter steigen.

NAEB: Die von Ihnen genannten Zahlen und Auswirkungen von Gesetzen müssen doch der Bundesregierung und den Abgeordneten des Bundestages bekannt sein. Sie haben ja Zugriff auf ein riesiges Informationssystem. Wie kann es dann zu solchen unsinnigen Gesetzen kommen? Alle Parteien haben doch der sogenannten Energiewende mit großer Mehrheit zugestimmt?

Lucke: Ich glaube, die Parteien haben sich da von einer Mischung aus Panik und Inkompetenz leiten lassen. Das ging so weit, dass sie ihre eigenen Grundsätze verraten haben: Die CDU/CSU als Partei der sozialen Marktwirtschaft stimmt für das unsoziale und planwirtschaftliche Erneuerbare Energien Gesetz (EEG). Die FDP will angeblich Leistung belohnen, belohnt aber die Industrien, die besonders wenig leisten, weil sie ineffizient Strom produzieren. Die SPD als Partei des „kleinen Mannes“ trägt die unsoziale verdeckte Steuer der EEG-Umlage mit. Und die Grünen fördern eine Energiepolitik, die riesige Kosten mit sich bringt, aber keine einzige Tonne CO2 spart.

NAEB: Darf ich Sie noch um ein Schusswort bitten?

Lucke: Die AfD tritt zur Bundestagswahl an, weil die derzeitigen Parteien im Bundestag gemeinsam große Fehlentscheidungen getroffen haben und jetzt jede kritische Diskussion darüber scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Die Opposition hat ja als Opposition versagt, indem sie die Regierungspolitik in den zentralen Fragen des Euro, der Schuldenunion und der Energiepolitik unterstützt hat, statt Gegenentwürfe zu liefern. Nur die AfD stellt eine durchdachte, zukunftsweisende Alternative vor. Und die brauchen wir, sowohl aus sachlichen Gründen, als auch im Interesse einer lebendigen Demokratie. Wenn Sie gleich uns nicht mit der Politik der Bundesregierung einverstanden sind, unterstützen Sie uns und wählen Sie uns.

NAEB: Ich bedanke mich für dieses Gespräch.

Das Interview führte Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel, Vorsitzender des Beirates von der Stromverbraucherschutz-Bewegung NAEB e.V. (www.naeb.de).

Ergänzung der Redaktion – Zitat aus dem Wahlprogramm der CDU von 2005 – aus dem Bereich „An Wählerversprechen nach der Wahl zu erinnern ist unfair (Franz Münterfering)“

„Fast nirgends in Europa ist Energie so teuer wie in Deutschland.

Das ist das Ergebnis von ideologischer Energiepolitik. Das belastet die privaten Haushalte, erhöht die Produktionskosten, kostet Arbeitsplätze und beschleunigt die De-Industrialisierung. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist umweltpolitisch und auch technologisch verheerend. Die dadurch aufgerissene Stromversorgungslücke in Deutschland kann nur mit zusätzlichen fossilen Kraftwerken und mehr schädlichen CO₂-Emissionen geschlossen werden. Dies widerspricht fundamental den Klimaschutzzielen. Er bedroht zudem die deutsche kerntechnische Industrie, bislang technologisches Aushängeschild Deutschlands mit großem Exportpotenzial“.

Mit Dank an Spürnase T. Lackmann